Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 56 (1976-1977)

Heft: 3

Artikel: Vom Schweizer, den es nicht gibt, und den Schweizern, die einander nicht kennen

Autor: Reck, Oskar

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-163190

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

des Stichtages; richtig scheint es hier wohl, nicht etwa auf den Zeitpunkt der Annahme des Zusatzes zur Berner Staatsverfassung oder der Gewährleistung der jurassischen Verfassung durch die Bundesversammlung oder gar der eidgenössischen Verfassungsabstimmung abzustellen, sondern jenes Datum als Stichtag zu wählen, an dem feststand, dass und in welchem Gebiet die Jurassier gewillt sind, ihren eigenen Kanton zu errichten. Zu regeln wäre im weiteren die Frage, nach welchen Grundsätzen das Teilungsgut den beiden Kantonen *zuzuteilen* und nach welchen Massstäben es *aufzuteilen beziehungsweise anzurechnen* wäre. Sollte hier – wie in der Basler Teilungsfrage – die Einwohnerzahl massgebend sein? Sollten andere Kriterien wie entgangener Gewinn oder besondere Vorteile korrigierend eingreifen?

Zur Lösung dieser und der Fülle der weiter auftauchenden Teilungsfragen gibt der Basler Präzedenzfall nur einige Ansatzpunkte. Von den Vorbereitungen vor dem sogenannten «Tag T», an dem Bern aufhören wird, im Jura zu regieren, wird wesentlich abhangen, in welchem Geiste die «güterrechtlichen Auseinandersetzungen» verlaufen werden, die dem «mariage forcé», wie die Vereinigung des Juras mit Altbern im Jahre 1815 gelegentlich bezeichnet wurde, folgen werden.

Oskar Reck

Vom Schweizer, den es nicht gibt, und den Schweizern, die einander nicht kennen

Ich beginne mit der auf Anhieb erschreckenden Behauptung, dass es *den* Schweizer nicht gibt. Gäbe es ihn, so wäre die Schweiz nicht, was sie ist: ein Land nämlich, das trotz einer starken Durchmischung seiner Bevölkerung noch immer nicht durch seine Einheitlichkeit, sondern durch seine Verschiedenartigkeit auffällt. In gerade noch zulässiger Verallgemeinerung lässt sich sagen, dass der Genfer die Schweiz mit andern Augen ansieht als der Bewohner des Thurgauer Seerückens, der Tessiner aus dem Valle Maggia sie anders empfindet als der Stadtbasler. Dafür gibt es eine Unzahl von Belegen, die das alltägliche Leben so gut wie die literarischen

Zeugnisse beschlagen. Eine solche Varietät schliesst *den* Schweizer aus, der mit seinen Eigenschaften und seinem Verhalten sein Volk gültig verkörpert. Das verhindern allein schon, und zwar auf Dauer, die sprachlich-kulturellen Trennungslinien, die das Land überziehen, ja durchschneiden; aber nicht nur sie, wie wir noch sehen werden.

Wäre die Schweiz nicht, was sie ist, wenn es *den* Schweizer gäbe, so hätte sie anderseits nie Bestand haben können, wenn die Schweizer von keiner ausreichenden politischen Übereinstimmung zusammengehalten würden. Wir reden, wenn auch mit zunehmend schlechtem Gewissen, von der politischen Willensnation Schweiz, die genau durch diesen politischen Willen mehr ist als ein künstliches Gebilde aus Kulturfetzen: ein sehr beständiger Staat nämlich, mit einer bemerkenswerten Widerstandskraft, die allerdings noch nie bis zu einer eigentlichen Zerreissprobe herausgefordert worden ist. Aber bei diesem Befund können wir ja nicht stehenbleiben: einmal, weil es kaum mehr beruhigende Diagnosen über den Zustand unserer politischen Willensnation gibt; und ferner, weil wir nicht die mindeste Gewähr dafür haben, dass uns Zerreissproben auch in Zukunft erspart bleiben. In einer solchen Zerreissprobe, ob sie nun schleichend oder abrupt wäre, würde sich erweisen, ob die Schweizer ohne verbindliche wechselseitige Kenntnisnahme nebeneinander und aneinander vorbeileben oder ob sie ihre Verschiedenartigkeit als verpflichtenden Reichtum verstehen. Dies letztere ist allerdings nur gerade im Umfang dessen möglich, was wir voneinander wissen. Stehen wir mit dem Rücken zu unseren eidgenössischen Nachbarn, dann stehen wir auch mit dem Rücken zu einer gemeinsamen schweizerischen Zukunft.

Mit dem Rücken zu den eidgenössischen Nachbarn – das gilt keineswegs nur für die Landesteile, das deutsch-welsche Verhältnis vorab; es gilt auch für die Beziehungen innerhalb der Landesteile. Denn trotz aller Verkehrsverbindungen, trotz aller öffentlichen und privaten Möglichkeiten der Nachrichtenübermittlung, trotz aller Bundeskoordination, trotz aller administrativen und technischen Zusammenarbeit zwischen den Ständen leben wir noch immer mit dem kantonalen Grenzgefühl des 19. Jahrhunderts. Wenn die Kantone der Westschweiz einander nur spärlich zur Kenntnis nehmen, und wenn für sie – zu Recht – die Romandie kein politischer, sondern nur ein geographischer Begriff ist, dann gilt etwa für die Ostschweiz das gleiche – nur dass dort nicht einmal der territoriale Bestand geklärt ist: einmal gehört das mächtige Zürich dazu, einmal nicht, je nach Standort und Sachlage. Innerhalb dieses Gebildes wiederum begrenzt sich die wechselseitige Kenntnisnahme auf Interessenverbindungen, von Sachzwängen diktiert. Das aber heisst für den Normalfall noch immer: mit dem Rücken zum Nachbarn.

Die blauen Berge

Dafür gibt es in der deutschen Schweiz ein noch krasseres Beispiel, als die Ostschweiz es liefert. Gemeint ist die separierende Jurakette. Mir ist schon, als ich in Aarau Gymnasiast war, aufgefallen, dass die Fricktaler Mitschüler sich auf eine besondere Weise von denjenigen der anderen Kantonsteile abhoben – sie waren mehr auf Basel als auf die aargauische Kapitale ausgerichtet. Zur selben Zeit lasen wir bei Gaius Julius Cäsar, die Helvetier seien zwischen Genfersee, Jura und Rhein eingekeilt – bereits damals also erschien die lange Hügelkette als Grenzscheide. Und später stiess ich in Gotthelfs «Bauernspiegel», der 1831 erschienen ist, auf die «wüsten Leute hinter den blauen Bergen», womit die welschen Jurassier gemeint waren. Hinzu kamen schliesslich die militärischen Sandkasten-Erfahrungen – eine vom Krieg erfasste Schweiz nämlich, deren Verteidigung auf den Jurazügen begann. Denn was, von den Binnenschweizern aus betrachtet, jenseits liege, hiess es, sei eben auch militärisches Vorgelände, und eine Agglomeration wie Basel lasse sich mit Kampfmitteln ohnehin nicht abschirmen. Also bliebe es, wie andere transjuranische Gebiete, im Ernstfall sich selbst überlassen.

Aber erst seit ich in Basel lebe, ist mir aufgegangen, wie sehr die binnenschweizerische Optik sich von der dortigen unterscheidet, und wie anders Basel wiederum in den landläufigen Klischeevorstellungen aussieht als Genf, der andere Stadtstaat an der Landesgrenze. Die Rhonestadt ist für den Binnenschweizer eine Art von Weltstadt, eine Kosmopolis. Selbst so approbierte Überfremdungsgegner wie James Schwarzenbach und Valentin Oehen haben dem Stadtkanton an der Rhone einen viel höheren Ausländeranteil als den anderen Ständen zugebilligt, nicht weniger als 25%; wir begreifen den europäischen UNO-Sitz Genf als zweite Weltzentrale und sind auch keineswegs darüber verwundert, dass für die dortige Intelligenz nicht das «Journal de Genève», sondern der Pariser «Monde» das eigentliche Zentralblatt ist. Genf: wir denken bei diesem Namen an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz und seinen Schöpfer Dunant, an den weltweit wirksam gewordenen Reformator Calvin, an Jean-Jacques Rousseau.

Nun ist es gewiss so, dass die Genfer Grenzlage derjenigen Basels vergleichbar ist – die Basler und die Genfer Region stehen vor ähnlichen Problemen, auch wenn im einen Fall nur zwei, im andern drei Länder ins Gespräch einbezogen sind. Aber diese Gemeinsamkeit ergibt für den Binnenschweizer keine gemeinsame Optik. Basel ist für ihn zunächst ganz einfach ein peripheres Gebilde, in Fragmenten geschätzt und respektiert. Man kennt die Mustermesse, den Zoo, weiss von den Chemiegiganten und bekommt natürlich, zumindest über die Medien, alljährlich auch die Fas-

nacht mit. Aber genau was man an dieser Fasnacht schätzt, die baslerische Befähigung zur unhelvetisch eleganten Médisance, erweist sich im übrigen Umgang mit den Stadtstaatlern als Schranke. Der durchschnittliche Binnenschweizer, ein Homme de l'escalier, dem die gute Antwort immer erst beim Weggehen auf der Treppe einfällt, fühlt sich im Umgang mit dem andersartigen Kompatrioten mit der spitzen Zunge und dem spitzen Dialekt nicht ganz behaglich. Er nimmt zwar ganz gewiss keine unfreundliche Distanz, aber eine vorsichtige.

Trennende und verbindende Grenzen

Basler und Binnenschweizer haben auch verschiedenartige Grenzgefühle: Für den Binnenschweizer ist die Grenze etwas, das scheidet, das trennt, das Eigenes vom Fremden abhebt. Der baslerische Grenzanwohner aber empfindet die Grenze eher und häufiger als Chance zur Begegnung, als Ansporn, sie möglichst vielfältig zu überwinden. Genau dieses Bedürfnis aber, das ja auch einer Notwendigkeit entspricht, international zu kommunizieren, nimmt sich in binnenschweizerischer Sicht für den Fall Basel anders aus als für die Kosmopolis am Genfersee. Genf, so scheint es manchen Deutschschweizern, verdiene schon als welsche Stadt eine andere, unbedenklichere Wertung als der Stadtstaat am Rheinknie, dieses für hiesige Verhältnisse ungeheure industrielle Ballungszentrum ohne ausgleichendes Hinterland. Wie steht es, fragen biedere Binnenschweizer, mit der politischen Stabilität und der politischen Verlässlichkeit dieser völlig verstädterten Bevölkerung im Zugwind einer Dreiländerecke? Sind denn, fügen sie bedenklich an, die politischen Ausschläge nach dem Zweiten Weltkrieg nicht Hinweis genug für Ausbrüche in neuen Krisenfällen? Das, wie gesagt, sind stehende Äusserungen, und was sie mit der Basler Wirklichkeit zu tun haben, findet sich auf einem ganz anderen Blatt.

In der Tat! Von baslerischer Wirklichkeit ist zum Beispiel nicht zu reden, ohne die Schicksalsgemeinschaft einzubeziehen, die diesen Stadtstaat mit dem deutschen und dem französischen Oberrhein verbindet, wirtschaftlich, aber auch in Hinsicht auf Umweltbelastung und Umweltschutz. War denn, um nur so weit zurückzublicken, Basel nicht schon im vergangenen Jahrhundert die heimliche Hauptstadt einer internationalen Region? Sind denn nicht damals bereits Tausende und Abertausende aus dem badischen Grenzgebiet in die Basler Fabriken geströmt? Und ist Basel, diesmal im Blick auf die gegenwärtige Lage, von den Entwicklungsplänen Frankreichs in der elsässischen Nachbarschaft nicht mittelbar und unmittelbar betroffen?

Kaiseraugst zum Beispiel

Genau in diesen Zusammenhang gehört auch der Widerstand gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst, der in der übrigen Schweiz weitgehend als importiertes Manöver extremer politischer Gruppen empfunden wurde, während er in Wahrheit durch die Parteien hindurch und an ihnen vorbei von breiten Bevölkerungsschichten getragen war – und noch immer ist. Das hängt damit zusammen, dass in der oberrheinischen Grenzlage die Atomwerkpläne dreier Länder nicht voneinander zu trennen sind, sondern in einen räumlichen Zusammenhang geraten. Genau dies aber erscheint vielen als bedenklich, ja erschreckend: dass wir mit bedeutenden Problemen nicht mehr allein fertig werden können, weil sie die Landesgrenzen überschreiten. Bleiben wir hier aber mit dem Rücken zum Nachbarn, so bleiben wir auch mit dem Rücken zur Zukunft. Am Falle von Kaiseraugst lässt sich indessen noch etwas anderes belegen: dass nämlich diese lokale Volksbewegung wie schon frühere zunächst keineswegs darauf angelegt war, Neues zu schaffen. Vielmehr sollte und soll Neues verhindert werden. Daran ändert auch nichts, dass mit solchem Widerstand Neues wirklich entstehen könnte, in anderer Richtung allerdings als in der offiziell vorgezeichneten.

Woher kommt, selbst bei Volksbewegungen, dieser konservative, um nicht zu sagen: reaktionäre Zug? Aus dem verbreiteten Bewusstsein, dass wir alle Teile eines sehr diffizilen, fein ausbalancierten Ganzen seien, das genau in dieser Ausgewogenheit alle Bewährungsproben in der Geschichte des Bundesstaates bestanden habe. Aber das ist nicht viel mehr als eine schöne Legende. In Wahrheit blieb uns, wie ich schon zu Anfang sagte, das Letzte, blieb uns die eigentliche Zerreissprobe immer erspart. Das gilt, trotz schwerer sozialer Spannungen, für den Ersten, und es gilt besonders auch für den Zweiten Weltkrieg, auf den heute viele als eine Zeit zurückblicken, in der wir uns in äusserster Krisenlage bewährt hätten. Dabei stand die Bewährungsprobe immer nur bevor – was bei einem Zugriff aus uns geworden wäre, kann kein Mensch wissen.

Bewahrung ohne Bewährung

Das Gebilde Schweiz also, könnte man sagen, blieb bewahrt, ohne sich bewähren zu müssen. Mit seinem Vorgelände jenseits der blauen Jurakette. Mit dem Nebeneinander verschiedener Kulturen. Mit dem föderativen Durcheinander. Gewiss, das Gerüst unseres Bundesstaates aus dem 19. Jahrhundert war da und ist uns, vielfältig revidiert, bis zum heutigen Tag erhalten geblieben. Wir hatten in den schwierigen Zeiten und haben in den

neuen schwierigen Zeiten eine Demokratie mit brauchbaren Einrichtungen, auch wenn vieles der Überholung und Erneuerung bedarf. Aber demokratische Einrichtungen, so wichtig und unerlässlich sie sind, haben immer nur den Charakter von Behelfen. Erst die gelebte Demokratie vermag eine politische Willensnation zu formieren. Wie steht es damit, hier und jetzt? Trifft zu, was spitze Zungen behaupten: dass diese Willensnation sich auf unsere helvetischen Begegnungsstätten zurückgezogen habe, Lenzburg zum Beispiel?

Soviel wird man wohl sagen dürfen und müssen: dass im wachsenden Wohlstand seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges fast alles zur Selbstverständlichkeit geworden ist, was zur formalen Demokratie gehört; und dass das Verhältnis zwischen den Landesteilen sich trotz der modernen Übermittlungstechnik weder verdichtet noch vertieft hat. Die Sprachschranke separiert wie eh und je: Weiterhin können sich Hunderttausende von Deutschschweizern im Welschland nicht verständlich machen, und es nützt ihnen folglich auch nichts, wenn sie zu Hause welsche Fernseh- oder Radiostationen empfangen können. Und umgekehrt. Wer in Genf oder Lausanne spricht, darf nicht auf sein Deutsch und schon gar nicht auf sein Schweizerdeutsch vertrauen, so wenig wie der Welsche in Zürich oder St. Gallen auf sein Französisch. Schon dieser Hinweis macht deutlich, welche Schranken den innern Beziehungen und dem wechselseitigen Verständnis in der mehrsprachigen Schweiz gesetzt sind. Können wir es bei diesem Sachverhalt bewenden lassen, der das Land immer wieder belastet, aber nie zerrissen hat? Wir können es, wenn wir auch fortan mit Bewahrung und nicht mit Bewährung rechnen; wenn das Nebeneinander genügt. Was aber, wenn – in Dingen der europäischen Integration etwa – die Tendenzen der Landesteile auseinanderzulaufen beginnen, wie auch schon, im Falle der Völkerbundsbeteiligung?

Information – aber welche?

Klar ist bei dieser Sachlage zweierlei: dass die Verhältnisse nicht über Nacht zu ändern sein werden, wenn ein Sturm heraufzieht; und dass für eine breite und fortgesetzte Pflege des wechselseitigen Verständnisses nur die Presse, das Fernsehen und das Radio in Betracht fallen. Noch mehr Information also zur bisher schon gedruckten und ausgestrahlten? Das wäre ein Postulat, wie es nur von gutwilligen, aber völlig unzuständigen Beratern erhoben werden könnte. Die Wahrheit ist doch, dass die Blätter bereits jetzt mit Nachrichtenmaterial überschwemmt sind, und dass die Rezession sie erst noch zur Verminderung der Seitenzahlen nötigt und also

auch dazu, die Ereignisse auf noch knapperem Raum zusammenzufassen. Aber auch Fernsehen und Radio sind ausserstande, noch zusätzliche Informationen zu verfüttern – ganz davon abgesehen, dass der Nachrichtenkonsument längst überfordert ist: Je mehr er empfängt, desto flüchtiger wird die Aufnahme. Die Riesenhaftigkeit des Nachrichtenstroms, so ist schon – mit Fug – behauptet worden, mehre nicht die Orientierung, sondern die Vergesslichkeit.

Daraus lässt sich als einziger Schluss ziehen, dass es nicht um Zusätze, sondern nur um eine andere Auswahl gehen kann. Wie lösen wir, mit andern Worten, das Darstellungsproblem Schweiz – und zwar mit dem erklärten Ziel, bemerkenswerte Erscheinungen und Probleme in einem so vielfältigen Land den andern nahezubringen, um das wechselseitige Verständnis zu fördern und aus besondern regionalen oder lokalen Aktivitäten weiterreichende Anregungen zu machen? Reduziert sich, was in der Schweiz und für sie von Bedeutung ist, wirklich auf die Bundespolitik und die Tätigkeit in den Regierungen, den Parlamenten und ihren Kommissionen? Wer die Inlandteile vieler Blätter überprüft und die Nachrichtensendungen der andern Medien verfolgt, kann leicht – und gelangweilt – zu diesem Ergebnis kommen. Nun wird freilich niemand bestreiten können, dass es seit der Schaffung der modernen Eidgenossenschaft immer mehr Bundespolitik gegeben hat, weil sich eben immer mehr öffentliche Aufgaben beim Bund konzentrierten: Teils konnten die Kantone sie nicht bewältigen, teils wollten sie nicht. Ihre Grenzen sind zu eng, ihre Mittel zu dürftig, als dass sie mit Problemen wie etwa dem Schutz der Umwelt fertig werden könnten. Wenn nun aber sehr viele und sehr wichtige Entscheidungen in Bern fallen, haben Leser, Hörer und Fernsehzuschauer einen selbstverständlichen Anspruch darauf, ins Bild gesetzt, orientiert zu werden. Denn sie sind mitbetroffen. Fragwürdig aber werden die Dinge, wenn der Anschein entsteht, die Bundespolitik mache schlechterdings die schweizerische Innenpolitik aus, und eigentlich und wesentlich sei in der Schweiz nur, was im Bundeshaus, in der Zentrale geschehe. Dabei besteht die schweizerische Wirklichkeit aus einer Vielzahl von Wirklichkeiten – nur wird, mit dem Rücken zum Nachbarn, sehr wenig davon wahrgenommen.

Aber wir stellen in der Information nicht nur eine Wucherung der Bundespolitik und des Bundesgeschehens fest, die zu viel anderes überdeckt – wir konstatieren überdies, dass sich die Darstellung der Kantone, Regionen und Gemeinwesen über weite Strecken in einer Orientierung über den offiziellen, routinemässigen Ablauf der öffentlichen Geschäfte erschöpft. Das hängt natürlich mit der Pflicht der Massenmedien in der direkten Demokratie zusammen, über Wahl- und Abstimmungsgeschäfte zu orientieren – und man kann sogar behaupten, dass ohne diesen öffentlichen

Dienst, besonders der regionalen und lokalen Presse, eine direkte Demokratie gar nicht lebensfähig wäre. Wenn also die Blätter in ihrem eigenen Raum, und wir haben ja in der Schweiz fast lauter Regional- und Lokalzeitungen, ihr Pensum zugunsten der direkten Demokratie erfüllen, ist das selbstverständlich und unerlässlich. Aber nicht das steht hier in Frage. In Frage steht vielmehr, was über die andern berichtet wird, die nähern und die entfernteren kantonalen Nachbarn. Ist es sinnvoll, ist es richtig, von dort in Kurzfassungen, in Agenturberichten oder sonstwie auch wieder die offiziellen Abläufe zu übernehmen? Mitzuteilen etwa, dass der Waadtländer Grosse Rat sich zum Auftakt seiner Legislaturperiode in der Kathedrale von Lausanne versammelt habe? Dass in irgendeinem ostschweizerischen Parlament nach drei Sitzungen endlich das Budget verabschiedet worden sei? Dass man sich da mit einer Revision des Hundesteuergesetzes und dort mit einer solchen des soeben hundert Jahre alt gewordenen Gebäudeversicherungsgesetzes befasst habe? Solchen Begebenheiten wird der Aussenstehende mit Recht den Rücken zuwenden – weder lernt man durch sie die Nachbarn kennen, noch bieten sie auch nur eine Spur von Anregung für den eigenen politischen Bereich.

Mehr Ausblick als Rückblick

Was ist daraus zu folgern? Der Argwohn stellt sich fast zwingend ein, da sei einer auf Entpolitisierung aus, wolle ernsthafte Ratsberichte durch aufgeplusterte Affären verdrängen, kriminelle und andere, lasse nur gelten, was Leser, Hörer und Zuschauer errege oder erheitere, rede einer Boulevardisierung der Medien das Wort. Nun ist gegen eine intelligent und mit Geschmack zubereitete Unterhaltung gewiss nichts einzuwenden – man begegnet ihr ohnehin selten genug. Aber darum geht es hier gar nicht. Aufs Korn genommen wird vielmehr die Vorstellung, Politik und politisches Geschehen sei nur, was einen offiziellen Stempel trage, was zum routinemässigen Ablauf der Demokratie gehöre, was man schon immer zum Pflichtstoff seriöser Blätter gerechnet habe. In einer Demokratie wie der schweizerischen indessen regt sich sehr viel mehr und auch anderes, als was offiziell in Erscheinung tritt. Und innerhalb des Offiziellen wiederum gibt es neben dem Routinemässigen, das ausserhalb der direkt Beteiligten niemanden interessiert, auf einmal wieder Vorstösse und Traktanden, die auch anderswo Aufmerksamkeit verdienen. Dies hervorzuholen und vor Augen zu führen, das Besondere, Experimente der demokratischen Beteiligung im Kleinen und Kleinsten, aber auch kulturelle Initiativen, ist das eine, was hier gemeint ist. Beim Nachbarn indessen, dem wir den Rücken zukehren, kann

heute auch anderes geschehen: politische Aktivitäten regen sich, die nicht ins konventionelle Bild passen und gerade deswegen besondere Aufschlüsse geben. Darüber jedoch ist nicht auf Staatskanzleien Bescheid zu bekommen, auch nicht mit offiziellen Papieren, dafür etwa in öffentlichen Versammlungen – denken wir doch nur an die Überfremdungsdiskussionen mit einem Publikum, das sonst nie an Veranstaltungen der etablierten Parteien zu treffen war. Und denken wir, um noch Näherliegendes in Erinnerung zu rufen, an die Massenaufmärsche in Kaiseraugst.

Und das führt gleich zum nächsten Punkt: Information kann ja nicht nur Geschehenes beschlagen und beim Geschehenen vor allem nicht, was abgetan und erledigt ist. Es geht auch und zuvor sogar um das Kommende – um die Erscheinungen und Bewegungen also, die mögliche Entwicklungen, mögliche Auseinandersetzungen, mögliche Gefahren und mögliche Marschrichtungen anzeigen. Da wäre nun eben, was da und dort, in der welschen Schweiz, in der alemannischen und innerhalb der alemannischen an Tendenzen sichtbar wird, genauer zu prüfen und miteinander in Verbindung zu bringen, wäre im Austausch von Artikeln, aber auch in Sendungen von Radio und Fernsehen der Dialog zu suchen, der immer nur in der Sprache des jeweiligen Landesteils zu führen ist. Mit dem Blick nach vorn, in die Zukunft; denn das allein führt uns weiter.

Der Einwand liegt nahe, und er hat sein Recht, dass auch mit einer Darstellung der Schweiz, die über das Offizielle und die Routine hinausführt, mit dem Versuch, Bemerkenswertes und Anregendes publik zu machen, wo immer es sichtbar oder auch nur spürbar wird – dass auch damit nur Minderheiten von Lesern, Hörern und Fernsehzuschauern zu gewinnen sind. Daran ist nach jeglicher Erfahrung nicht zu zweifeln; aber das kann und darf kein Grund zur Resignation sein. Denn einmal ist ja auch die meinungsbildende Qualität dieser Minderheit in Rechnung zu setzen, und wir haben doch, was das Entscheidende ist, davon auszugehen, dass die Belebung der Demokratie und des wechselseitigen Verständnisses von höchster politischer Bedeutung ist. Den Zusammenhalt der Landesteile und innerhalb der Landesteile kann man, wenn es zur Zerreissprobe kommt, nicht proklamieren. Er ist da oder nicht.